

FDP sieht reelle Chance für ein Erdkabel

STROMTRASSE Brunkhorst: Wir leisten Pionierarbeit – Kosten im Zentrum

MEIERHAFE/MTN – Eine „reelle Chance“ für die Erdverkabelung der geplanten 380kV-Hochspannungsleitung von Ganderkesee nach St. Hülfe sehen die Bundestagsabgeordnete Angelika Brunkhorst und der Landtagsabgeordnete Christian Dürr (beide FDP). Allerdings, so Dürr mit Blick auf die Kosten, müsse „am Ende die Rechnung aufgehen“. Damit widersprach der Landespolitiker bei einem Ortstermin seiner Partei in Meierhufe der Auffassung von Hans-Jürgen Hespe, der sich – ungeachtet eventuell höherer Kosten – aus Gesundheitsaspekten für eine Erdverkabelung aussprach. Auch müsse der „Innovationsstandort Deutschland“ gesichert werden, so Brunkhorst. „Wir leisten Pionierarbeit, wir sind gar nicht so unbedeutend.“



Gerd von Seggern (r.) demonstrierte den Politikern (v.l.) Marion Daniel, Angelika Brunkhorst, Alice Gerken-Klaas, Christian Dürr und Hans-Jürgen Hespe die Strahlung. BILD: MINTEN

Dass sich eine Erdverkabelung, möglichst als Gasisolierte Leitung (GIL), rechnet, steht für Gerd von Seggern außer Frage. Rechne man volkswirtschaftliche – und in seinem Fall betriebswirtschaftliche – Kosten (von Seggern befürchtet, dass er unter einer Freileitung sein therapeutisches Reiten nicht mehr anbie-

ten kann) hinzu, sei die GIL-Technik sogar günstiger. Zumal, wenn sie in Serie gehe.

Brunkhorst berichtete, dass bei Beratungen zum Infrastrukturbeschleunigungsgesetz Experten die Meinung vertreten, Hochspannungsleitungen, die näher als 500 Meter an Wohnbebauung verlaufen, grundsätzlich unterir-

disch zu verlegen. Die Bundestagsabgeordnete verwies zudem auf die 2008 umzusetzende EU-Richtlinie zur Effizienzsteigerung bei Elektrizitäts-Übertragung. Zumal die Freileitungen, so Rudolf Geisler (Schutzgemeinschaft Klein Henstedter Heide), die „größten Stromverbraucher“ seien. „Jeden Kilometer kommt es jährlich zu einem Verlust in Höhe von 200 000 Euro.“

Auch der Verwaltungsausschuss hat sich am Mittwoch mit der Trasse befasst. Ein Antrag der UWG, die eine Resolution des Rates für eine Erdverkabelung forderte, fand keine Mehrheit, da es bereits „einschlägige und unmissverständliche Beschlussfassungen“ gebe. Die grundsätzliche Forderung nach einer Erdverkabelung unterstützen nach wie vor alle Fraktionen.